

Persischer Golf: Deeskalation jetzt!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Omid Nouripour (KV Frankfurt)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes
Status: Zurückgezogen

Antragstext

- 1 Die Situation am persischen Golf spitzt sich tagtäglich zu. Eine militärische Eskalation
- 2 scheint zunehmend wahrscheinlicher zu werden. Offizielle sprechen mittlerweile davon, ein
- 3 Krieg wäre „wahrscheinlich nicht mehr vermeidbar“. Die angespannte Situation zwischen dem
- 4 Iran auf der einen Seite und den USA und Saudi-Arabien auf der anderen Seite verschärft sich
- 5 immer weiter. Illegale Festsetzungen von Tankern, die Verletzung internationalen Seerechts,
- 6 Angriffe auf wirtschaftlich existenzielle Einrichtungen, Abschuss von Drohnen, lähmende
- 7 Sanktionen, willkürliche Verhaftungen, Geiselhäft von DoppelstaatlerInnen provozieren
- 8 zunehmend eine militärische Eskalation. Verschärft wird dies von der Sprachlosigkeit beider
- 9 Seiten. Weder die USA und der Iran noch Iran und Saudi-Arabien haben derzeit funktionierende
- 10 Kommunikationslinien. Damit stünde auch einer nicht intendierten Eskalation nicht mehr viel
- 11 im Wege.
- 12 Eine solche würde den Nahen Osten massiv destabilisieren und hätte weit über die Grenzen der
- 13 von Konflikten so geplagten Region verheerende Folgen. So wäre das Ende des Abkommens
- 14 nicht
- 15 nur der schnellste Weg für den Iran zur Atombombe. Mit Saudi-Arabien würde mindestens ein
- 16 anderer Staat im Nahen Osten nach der Bombe streben - eine nukleare Rüstungsspirale mit
- 17 unabsehbaren Folgen wäre die Konsequenz.
- 18 **Iran - ein hochproblematischer Akteur**
- 19 Die Islamische Republik Iran ist innen- wie außenpolitisch ein hochproblematischer Akteur.
- 20 Die Menschenrechtsslage im Land ist verheerend, die aggressive Regionalpolitik zerstörerisch
- 21 und die Bedrohung der Existenz Israels inakzeptabel.
- 22 Im Iran werden die Rechte der Menschen systematisch missachtet. Jährlich finden hunderte
- 23 Hinrichtungen statt. Meinungsäußerungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit werden von
- 24 den Behörden massiv eingeschränkt. Internetseiten von sozialen Medien werden blockiert und
- 25 kritische Medienbetriebe geschlossen. Friedliche Proteste werden unterdrückt. Fälle von
- 26 Verschwindenlassen sind dokumentiert. JournalistInnen, RegierungskritikerInnen,
- 27 MenschenrechtsverteidigerInnen und AktivistInnen werden willkürlich festgenommen und ohne
- 28 faire Gerichtsverfahren verurteilt.
- 29 Jüngst ist die Menschenrechtsanwältin und Trägerin des Sacharow-Menschenrechtspreises des
- 30 Europaparlaments Nasrin Sotoudeh nach einem der zahlreichen Schein-Prozesse gegen sie zu
- 31 33
- 32 Jahren Haft und 148 Peitschenhieben verurteilt worden. Häufig erleiden politische Häftlinge
- 33 in Haft Folter und Misshandlungen, oft wird ihnen notwendige medizinische Behandlung
- 34 vorenthalten. Initiativen für mehr Frauenrechte werden im Keim erstickt. Angehöriger

33 ethnischer, religiöser und politischer Minderheiten wie etwa der Bahai sind im Iran oft
34 vielfacher Diskriminierungen ausgesetzt.

35 Irans Rolle bei der Stabilisierung der Herrschaft Bashar al-Assads hat maßgeblich zur
36 Verschlechterung der humanitären Lage in Syrien beigetragen. Auch in Libanon und im Irak
37 spielt der Iran eine imperialistische Rolle, die die Souveränität der Staaten untergräbt und
38 zur Vertiefung der innerislamischen Konfessionskonflikte beiträgt. In Jemen ist die
39 Unterstützung der illegitimen Machtübernahme durch die Houthis ein Beitrag zur Fortsetzung
40 des Konfliktes auf Kosten der Zivilbevölkerung. Zudem wird die Drohung der „Auslöschung
41 Israels“ von der Führung des Landes auf unerträgliche Art immer wieder bedroht - in
42 Anbetracht der militärischen Präsenz des Irans und seiner Alliierten in er Nachbarschaft
43 Israels eine sehr ernst zu nehmende Rhetorik.

44 Bei all den zahlreichen Herausforderungen, die Teheran darstellt, war eines der
45 relevantesten Schwierigkeiten auf diplomatischem Wege und auf absehbare Zeit gelöst. Das
46 Atomabkommen mit dem Iran - offizieller Name: Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) -
47 war ein großartiger diplomatische Erfolg Jahre länger diplomatischer Bemühungen, die Joschka
48 Fischer als Außenminister begann, Guido Westerwelle fortsetzte und Frank-Walter Steinmeier
49 zu Ende brachte. Dieser Erfolg war nur möglich, weil die fünf Vetomächte im Sicherheitsrat
50 der Vereinten Nationen, Deutschland und die Europäische Union (EU) gemeinsam agierten.

51 Mit dem Abkommen gelang es, das iranische Atomprogramm einem nie da gewesenen
Kontrollregime
52 zu unterwerfen, den Großteil der AnreicherungsKapazitäten abbauen zu lassen und die Gefahr
53 eines nuklearen Rüstungswettlaufs entscheidend zu begrenzen. Die USA haben so zusammen
mit
54 der EU bewiesen, dass eine starke und enge transatlantische Partnerschaft die Grundlage für
55 eine internationale Koalition bilden kann, die auch China und Russland einschließt und von
56 der Weltgemeinschaft getragen wird. Nach Inkrafttreten des Abkommens hat die Internationale
57 Atomenergiebehörde (IAEO) ohne Ausnahme bestätigen können, dass der Iran die Bedingungen
58 vollständig erfüllte. Der JCPOA als Rüstungskontrollabkommen funktionierte.

59 Am 8. Mai 2018 entschied US-Präsident Donald Trump ohne Not, dass sich die Vereinigten
60 Staaten aus dem JCPOA zurückziehen. Die US-Sanktionen im Zusammenhang mit dem
iranischen
61 Nuklearprogramm wurden wieder in Kraft gesetzt und seitdem immer weiter verschärft.

62 Dem Iran wurde daraufhin von der Bundesregierung, Frankreich, Großbritannien und der EU
63 signalisiert, ihren Verpflichtungen aus dem Abkommen weiterhin gerecht werden zu wollen.
64 Nachdem nun aber die europäischen VertragspartnerInnen es versäumt haben, parallel zu
65 politischen Aktivitäten und diplomatischen Initiativen wirtschaftliche Voraussetzungen für
66 einen Erhalt des Abkommens zu schaffen und der wirtschaftliche Druck der USA auf den Iran
67 immens gestiegen war, kündigte der Iran, exakt ein Jahr später, am 8. Mai 2019, einen
68 teilweisen Rückzug aus dem Abkommen an.

69 **Saudi-Arabien - ein hochproblematischer Akteur**

70 Das Königreich Saudi-Arabien ist innen- wie außenpolitisch ebenso ein hochproblematischer
71 Akteur. Die Menschenrechtslage im Land ist verheerend, die aggressive Regionalpolitik
72 zerstörerisch und die weltweite Finanzierung von dschihadistischen Netzwerken inakzeptabel.

73 Die Menschenrechtssituation in Saudi-Arabien ist katastrophal. Willkürliche Verhaftungen,
 74 Folter und Einschüchterung von KritikerInnen sind an der Tagesordnung. 2018 wurden im
 75 Königreich 149 Menschen hingerichtet. Bewusst vage formulierte sogenannte „Antiterror-
 76 Gesetze“ erlauben es, derartigen Maßnahmen einfach einen juristischen Deckmantel
 77 überzulegen. Besonders unterdrückt das Regime die saudische Zivilgesellschaft. Verhaftete
 78 Frauenrechtsaktivistinnen erfahren Folter, sexuelle Gewalt und andere Misshandlungen. Auch
 79 die Meinungsfreiheit wird in Saudi-Arabien mit den Füßen getreten. Die bestialische
 80 Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi war nur die Spitze des Eisbergs. So sitzt
 81 beispielsweise der liberale Blogger Raif Badawi derzeit eine Haftstrafe von zehn Jahren ab,
 82 ihm droht permanent die Vollstreckung einer Zusatzstrafe von 1.000 Stockhieben. Auch
 83 Minderheitenrechte werden in Saudi-Arabien systematisch verletzt. Vertreter der Ahmadi-
 84 Gemeinschaft beispielsweise wurden zum Tode verurteilt.

85 Die „Agenda 2030“ des Königshauses bringt punktuelle Verbesserungen mit sich, wie etwa das
 86 Ende des absurden Fahrverbots für Frauen. Ob dies allerdings kosmetische Änderungen oder
 87 tiefgreifende Reformen sind, und wie die orthodoxe wahabitische Geistlichkeit damit umgehen
 88 wird, bleibt noch abzuwarten.

89 Genauso ist die hochproblematische Regionalpolitik Saudi-Arabiens, als zusätzlicher Treiber
 90 einer militärischen Eskalation mit dem Iran nicht zu verkennen. Sie wirkt sogar über den
 91 Mittleren Osten hinaus destabilisierend. So ist das Land federführend bei der Blockade des
 92 Jemen, wodurch es ganz wesentlich für die – laut den Vereinten Nationen - derzeit größte
 93 humanitäre Katastrophe der Welt mitverantwortlich ist. 24 Millionen Menschen sind in Jemen
 94 derzeit aufgrund der Blockade auf humanitäre Hilfe angewiesen. Gegen das Nachbaremirat
 Katar
 95 hat Saudi-Arabien ein Embargo verhängt, dessen Umstände und Begründung höchst fragwürdig
 96 sind. Der Konflikt hat zu einer vollständigen Lähmung des Golfkooperationsrats geführt.

97 Die damit einhergehende Lagerbildung strahlt auch destabilisierend in andere Konflikte in
 98 Nordafrika, dem Jemen und dem Horn von Afrika aus und heizt dort existierende Konflikte
 99 zusätzlich an. In Libyen unterstützt das Königreich General Khalifa Haftar, der die von der
 100 internationalen Gemeinschaft gestützte Regierung in Tripolis bekämpft. Darüber hinaus
 101 stellte sich Saudi-Arabien während des sogenannten Arabischen Frühlings - unter anderem auch
 102 mit militärischen Mitteln - vielfach gegen die in zahlreichen Staaten, wie etwa in Bahrain,
 103 begonnenen Demokratisierungsprozesse.

104 Hinzu kommt die direkte und indirekte Unterstützung für dschihadistische Netzwerke weltweit.
 105 Vom Salafisten-Stand in der Fußgängerzone in Deutschland bis nach Somalia reicht ein
 106 Netzwerk, das ungehindert von saudischen Privatpersonen - oft am Königshof präsent
 107 finanzielle Hilfe bekommt. Hinzu kommt der wahabitische Klerus als spiritueller
 108 Radikalisierungsmotor der sunnitischen Welt - mit der vollen Legitimation des saudischen
 109 Staates.

110 **Deeskalation jetzt!**

111 Die Konflikte in der Straße von Hormos und im Persischen Golf angesichts der extrem
 112 volatilen Lage nicht ausufern zu lassen muss höchste Priorität haben. Die Beteiligung an der
 113 US-geführten Mission „Sentinel“ im Persischen Golf lehnen wir ab, da diese keinen
 114 deeskaltiven Charakter hat. Einem robusten Einsatz der Bundeswehr im Persischen Golf werden

115 wir nur im Rahmen einer völkerrechts- und grundgesetzkonformen Mission, einem rein
116 deeskalativen Charakter und mit einem Mandat der Vereinten Nationen zustimmen.

117 Gerade in Zeiten, in denen die internationale Ordnung zunehmend unter Druck gerät, braucht
118 es eine Bundesregierung, die gemeinsam mit ihren europäischen PartnerInnen auf alle
119 denkbaren diplomatischen und politischen Kanäle unmissverständlich auf Deeskalation
zwischen
120 allen beteiligten Parteien hinwirkt. Darüber hinaus sind alle VertragspartnerInnen des JCPoA
121 durch die VN-Resolution 2231 dazu aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den
122 Fortbestand der Vereinbarung und seine Umsetzung zu unterstützen.

123 Wir fordern die Bundesregierung insofern dazu auf die wirtschaftlichen Voraussetzungen für
124 einen Erhalt des Abkommens zu schaffen. Dazu gehört der Aufbau alternativer Zahlungswege
für
125 legitime Geschäfte mit dem Iran, der Erhalt iranischer Möglichkeiten zum Ölexport und
126 Angebote zur Unterstützung des Irans beim Aufbau von Infrastruktur, die den IranerInnen zu
127 Gute kommen, vor allem bei den Erneuerbaren Energien, der prekären Wasserversorgung und
im
128 Falle von humanitären Notlagen. Das Paradebeispiel dafür ist die Handelsplattform INSTEX.

129 Weil der Iran wegen des Drucks der USA vom weltweiten Transaktionssystem Swift abgekoppelt
130 wurde, ist es im den Menschen im Land im Grunde unmöglich, Geschäfte mit dem Ausland
131 abzuwickeln, also Geld zu transferieren. Auch humanitäre Güter können im Iran nicht mehr
132 gekauft werden. So mangelt es mittlerweile sogar an dringend notwendigen Medikamenten für
an
133 Krebs erkrankte Kinder. Zudem hat die sanktionsbedingte Isolation der iranischen Wirtschaft
134 zu einer massiven ökonomischen Depression geführt, unter der nur die korrupten
wohlhabenden
135 Kleptokratennicht leiden. Auch ist diese Wirtschaftskrise laut dem Flüchtlingswerk der
136 Vereinten Nationen (UNHCR) die Hauptursache für den Anstieg der Flüchtlingszahlen in der
137 Türkei. Über zwei Millionen afghanische Flüchtlinge bekommen im Iran nicht mehr ausreichend
138 Hilfe und finden keine Jobs mehr. Da die Sicherheitslage in Afghanistan ihnen den
139 Rückkehrweg versperrt, machen sich immer mehr auf den Weg nach Europa.

140 Unser Kerninteresse im Sinne der nuklearen Abrüstung ist es das JCPoA aufrecht zu erhalten.
141 Schon bei der Unterzeichnung des Nuklearabkommens war klar, dass es nicht perfekt sein
142 konnte, sondern ein Kompromiss war. Ebenso war klar, dass weder das Raketenprogramm des
143 Iran, noch dessen aggressive Regionalpolitik, die Drohungen gegen Israel und die dramatische
144 Menschenrechtssituation im eigenen Land Teil dieses Abkommens waren. Es hat sich gezeigt, dass
145 alle diese Probleme durch das Abkommen nicht geringer wurden. Doch ebenso klar ist: ohne
das
146 Abkommen wird es noch weniger Möglichkeiten geben, diese Probleme anzusprechen und
147 anzugehen.

148 Es braucht eine Nahostpolitik, die den Mut hat, den gescheiterten amerikanischen Ansatz des
149 „maximalen Drucks“ zurückzuweisen. Eine Nahostpolitik, die die Äquidistanz zu Iran und
150 Saudi-Arabien sucht, statt die Lage der Menschen in Not - etwa in Jemen - mit
151 unverantwortlichen Rüstungsexporten weiter zu verschlechtern.

152 **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern von der Bundesregierung:**

- 153 - sich auf allen Ebenen für eine Deeskalation am Persischen Golf einzusetzen. Dazu gehört
154 auch die Unterstützung direkter Gespräche zwischen Iran auf der einen Seite und USA und
155 Saudi-Arabien auf der anderen Seite.
- 156 - sich dabei nur an Missionen zu beteiligen, die sich im Rahmen des Grundgesetzes und des
157 Völkerrechts bewegen, einen ausschließlich deeskalativen Charakter haben und nicht die
158 Beteiligung der genannten Konfliktparteien einschließen.
- 159 - sich stärker für den Erhalt des Atomabkommens mit dem Iran einzusetzen. Dies beinhaltet
160 die Einrichtung eines Zahlungsmechanismus, der Geschäfte mit dem Iran wieder möglich
macht.
- 161 - Iran und Saudi-Arabien einen Ausbau der Kooperation im Bereich der Erneuerbaren Energien
162 anbieten.
- 163 - Eine Konferenz zu veranstalten, in der die Staaten der Nahen Ostens die Möglichkeit
164 bekommen, bei den massiven regionalen Umwelt-Herausforderungen, allen voran
Wassermangel und
165 Luftverschmutzung, Kooperationsformen auszuloten.
- 166 - klar und deutlich die Menschenrechtslage in Saudi-Arabien und im Iran anzusprechen und
167 dabei im Schwerpunkt die Freilassung aller politischen Gefangenen einzufordern.
- 168 - sich für die Rechte der Zivilgesellschaft in beiden Staaten einzusetzen. Dazu gehört auch
169 eine Visa-Politik, die den internationalen Austausch ermöglicht und nicht wie bisher
170 stranguliert.
- 171 - die amerikanische Iran-Politik des „maximalen Drucks“ zurückzuweisen. Dazu gehört auch
172 eine Verstärkung des „Blocking Statuts“ der Europäischen Union, um europäische Unternehmen
173 gegen die völkerrechtswidrigen sogenannten „Sekundärsanktionen“ der USA zu wappnen.
- 174 - die Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien und in anderen Staaten, die am Jemen-Krieg
175 beteiligt sind, endlich zu beenden.
- 176 - die humanitäre Hilfe für die Menschen im Jemen auszubauen und sich für eine Untersuchung
177 der von allen Parteien begangenen Kriegsverbrechen einzusetzen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

weitere Antragsteller*innen

Mogdeh Töbelmann (KV Berlin-Mitte); Bastian Bergerhoff (KV Frankfurt); Kai Gehring (KV Essen);
Christoph Kühl (KV Leverkusen); Patricia Peveling (KV Hochtaunus); Margarete Bause (KV München);
Daniela Cappelluti (KV Frankfurt); Emre Telyakar (KV Frankfurt); Manuel Denkwitz (KV Frankfurt);
Johannes Lauterwald (KV Frankfurt); Christoph Rosenbaum (Frankfurt KV); Ralf Napierski (Frankfurt
KV); Julia Eberz (KV Frankfurt); Miriam Dahlke (KV Frankfurt); Martina Feldmayer (KV Frankfurt);
Franziska Brantner (Heidelberg KV); Tina Zapf (KV Frankfurt); Wendel Jaromir Burkhardt (KV

Frankfurt); Maik Babenhauserheide (Herford KV); sowie 12 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.